

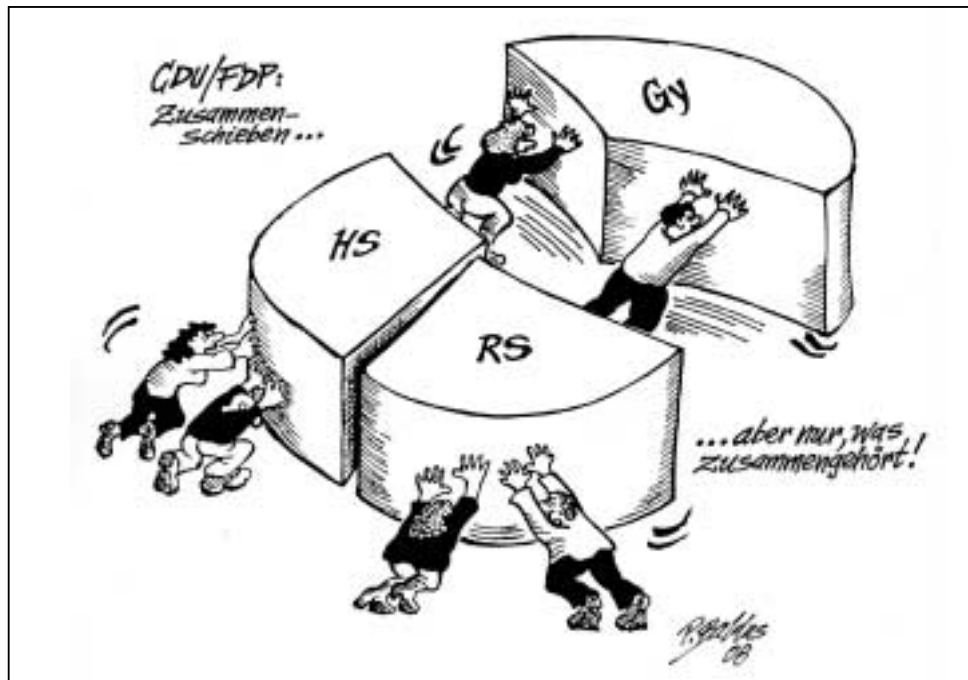
Wie es mit den kleinen Hauptschulen und den kleinen Haupt- und Realschulen im Flächenland Niedersachsen bei weiter rückläufigen Schülerzahlen weitergeht, wollte die SPD-Landtagsfraktion in einer „dringlichen“ Anfrage von der Landesregierung wissen. Die Abgeordneten bezogen sich dabei auf Ankündigungen, die Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann bei einem Besuch in der Gemeinde Bakum gemacht hatte. Die Ministerin wollte der dortigen Haupt- und Realschule, die am Schulversuch „Sekundarschule“ teilgenommen hatte, einen neuen Schulversuch als „Profilierte Regionalschule“ zwar nicht genehmigen. Sie wolle aber „bestimmte Erlasse lockern und so Einschränkungen des gemeinsamen Unterrichts von Haupt- und Realschülern außer Kraft setzen“ (Oldenburgische Volkszeitung vom 16.07.2008).

Heister-Neumann will Erlasse lockern

Im Zuge der Dringlichen Anfrage sagte die Kultusministerin, in ihrem Hause werde zurzeit geprüft, in welchem Umfang die Regelungen von getrenntem und gemeinsamen Unterricht in zusammengefassten Haupt- und Realschulen weiter gefasst und in die Verantwortung der Schulen gegeben werden könnten. Im Sinne der Eigenverantwortung könnten die Schulen dann jeweils entscheiden, inwieweit sie von den „gegebenenfalls erweiterten Freiräumen“ auch Gebrauch machen. Es handle sich dabei um eine „Deregulierung im besten Sinne des Wortes“.

Gedacht wird im Kultusministerium an eine erweiterte Zusammenarbeit beider Schulzweige über die bereits jetzt mögliche Kooperation in Wahlpflichtkursen, Arbeitsgemeinschaften, Religion, Werte und Normen sowie

Dringliche Anfrage im Landtag Wie weiter mit kleinen Hauptschulen?



Sport hinaus. Dabei müssten aber die inhaltlichen Anforderungen beider Schulformen sowie eine schulformspezifische Leistungsbeurteilung berücksichtigt werden. In den „Kernfächern“ werde dies durch eine äußere Differenzierung sichergestellt.

Zur Erreichung dieser Ziele sei es nicht beabsichtigt und auch nicht erforderlich. Änderungen im Schulgesetz vorzunehmen. In der Tat gibt es dort bereits jetzt einen für das Kultusministerium weiten Spielraum („Die Schulzweige arbeiten organisatorisch und pädagogisch zusammen“ – §106 Abs. 4 NSchG). Die gegenwärtigen Regelungen zur Zusammenarbeit finden sich in gleich lautenden Abschnitten in den Erlassen zur Arbeit in der Hauptschule und zur Arbeit in der Realschule.

Mit ihren Ankündigungen zur erweiterten Zusammenarbeit zwischen den Schulzweigen der zusammengefassten Haupt- und Realschule hält die Niedersächsische Kultusministerin faktisch Anschluss an Entwicklungen in anderen Bundesländern an, die mit dem Stichwort „Zweisäuligkeit“ charakterisiert werden.

Schulgesetz soll nicht geändert werden

Jüngstes Beispiel ist Hamburg, wo die schwarz-grüne Landesregierung alle nicht-gymnasialen Bildungswege in „Stadtteilschulen“ zusammenfassen will. Offiziell wollte sich Frau Heister-Neumann aber nicht auf entsprechende Entwicklungen in Niedersachsen einlassen. So betonte sie, die Landesregierung werde keine Hauptschule schließen, ihr Ziel sei es, „das gegliederte Schulwesen landesweit vorzuhalten“. Auf die von der schwarz-roten

Landesregierung in Schleswig-Holstein gewollten „Regionalschulen“ angesprochen, sagte die Ministerin, diese seien kein Modell für Niedersachsen.

Wulff entgleist – bezeichnet SPD-Fraktion als „Haufen“

Um eine Erklärung gebeten, warum trotz der Maßnahmen der Landesregierung zur Stärkung der Hauptschulen die Anmeldezahlen für die Hauptschulen auch prozentual ständig sanken (knapp 62% der Hauptschulen bzw. der Hauptschulzweige erreichen nicht mehr die Mindestgröße von zwei Zügen), sagte die Kultusministerin, man könne nicht den Schalter umlegen und davon ausgehen, dass der Erfolg schon im nächsten Jahr sichtbar werde. Die Ministerin wörtlich: „Unsere Maßnahmen zur Stärkung der Hauptschulen werden – davon bin ich fest überzeugt – auch langfristig wirken“ (Zwischenruf des Abgeordneten Wolfgang Jüttner: „Ich fürchte, dass sie das sogar glaubt!“).

In die Beantwortung der von den Oppositionsparteien gestellten Zusatzfragen schaltete sich auch Ministerpräsident Christian Wulff ein. Er betonte, dass es in weiten Teilen des Landes eine erfolgreiche Hauptschularbeit gebe (was von keiner der Oppositionsfraktionen bestritten wurde). Wulff wandte sich insbesondere gegen die Darstellung, niemand ginge mehr zur Hauptschule: In diesem Zusammenhang bezeichnete er die SPD-Fraktion als „Haufen“, was eine erregte Geschäftsordnungsdebatte auslöste. Wer sich solche Entgleisungen erlaube, bei dem müssten die Nerven schon blank liegen, sagte SPD-Geschäftsführer Heiner Bartling. D.G.

40 Jahre in der GEW

Zum 40-jährigen GEW-Jubiläum gratulieren wir im Oktober folgenden Kolleginnen und Kollegen und danken für ihre langjährige Mitgliedschaft:

Uwe Ahrens (Ronnenberg), Friedrich Altheide (Neuenkirchen), Gerhard Bohlig (Bad Harzburg), Marga Branske-Alisch (Cuxhaven), Hans-Heinrich Brötje (Großefehn), Brigitte Franke (Hillerse), Günter Fraatz (Hann. Münden), Ulrike Frommer (Lehrte), Ingrid Fuchs (Otter), Gertrud Haas (Bad Essen), Elfriede Höntze (Hameln), Gudrun Jakobs (Norden), Monika Jankowski (Bad Essen), Gudula von Kalm (Braunschweig), Wolfgang Kathe (Schwarmstedt), Karl-Heinz Konow (Hemmoor), Diethard Kraus (Göttingen), Dr. Dieter Krohn (Hannover), Inge Kühnold (Groß Twülpstedt), Rainer Kynast (Wagenfeld), Hans-Joachim Meyer (Uelsen), Reinhard Rössig (Hildesheim), Edgar Sager (Großefehn), Margrit Sager (Großefehn), Hartmut Schmid (Braunschweig), Ingeburg Schnaak (Cuxhaven), Helga Streckfuß (Hambergen), Heinrich Wäterling (Fintel).

Unser Dank gilt außerdem allen Kolleginnen und Kollegen, deren Mitgliedschaft sich in diesem Monat zu einem weiteren Jahr rundet.